

Krümmel aus, Kosten ein

Atomkraft. Der von der Bundesregierung verordnete Ausstieg aus der Kernenergie bis spätestens 2022 hat seinen Preis: Je nachdem, ob die fehlenden Strommengen durch Kohle oder Gas ersetzt und in alten oder neuen Kraftwerken erzeugt werden, kostet die Energiewende zwischen 35 und 74 Milliarden Euro. Ein Ersatz der Kernkraft durch Sonnen- und Windenergie wäre zwar wünschenswert, aber auch noch teuer – und kurzfristig gar nicht möglich. *)

Schon im März wurden die sieben ältesten Atommeiler und das Kernkraftwerk Krümmel zunächst vorläufig stillgelegt; inzwischen geht in diesen Anlagen gar nichts mehr. Damit mussten kurzfristig rund 5 Prozent des hierzulande benötigten

Stroms auf andere Weise erzeugt werden; mit dem kompletten Ausstieg aus der Kernenergie müssen sogar 22 Prozent anderweitig gewonnen werden.

Kurzfristig lässt sich der ungeplant schnelle Wegfall der Kern-

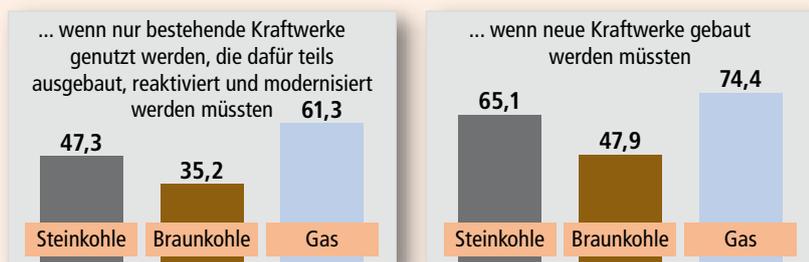
kraftwerke auf verschiedene Weise ausgleichen:

- **Bestehende Kohle- und Gaskraftwerke.** Sie könnten besser ausgelastet werden. Zudem müssten stillgelegte Kraftwerke reaktiviert werden, um mehr Strom aus fossilen Brennstoffen zu produzieren.
- **Importe.** Über die europäischen Netzverbindungen können zusätzliche Strommengen eingeführt werden – Deutschland würde damit zum Netto-Stromimporteur.

Den schnellen Ausstieg aus der Kernenergie gibt es jedoch nicht zum Nulltarif: Vor allem die unterschiedlichen Stromerzeugungskosten schlagen zu Buche. Strom aus Kohle und Gas zu gewinnen ist beispielsweise teurer als die Produktion in Kernkraftwerken. Noch kostspieliger wäre es, den zusätzlichen Strom aus Sonnen- und Windenergie zu erzeugen. Um erneuerbare Energien in großem Stil zu nutzen, fehlen zudem noch die Netze. Lässt man die Kosten für den Ausbau und die Investitionen in die alternativen Energien außen vor, ergeben erste Schätzungen →

Was der Atomausstieg kostet

So viel kostet es zusätzlich, wenn der Strom aus Atomkraftwerken künftig aus diesen Ressourcen gewonnen werden soll, in Milliarden Euro



In derzeitigen Preisen; ohne Berücksichtigung der erneuerbaren Energien, weil momentan noch die nötigen Kapazitäten und Netze fehlen, um die Kernenergie effizient durch Strom aus Sonne, Wind etc. zu ersetzen; Quelle: IW-Berechnungen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 26

In dieser Woche

Einkommenssteuer:

Das IW Köln befürwortet statt des Kinderfreibetrags einen Kindergrundfreibetrag, der alle Eltern gleich entlastet.
Seite 3

Künstlersozialkasse:

Annähernd 170.000 Künstler und Publizisten sind unter dem Dach der gesetzlichen Sozialversicherung pflichtversichert.
Seite 4-5

Bundesländer ranking 2010:

Die ostdeutsche Wirtschaft wächst dynamischer als die westdeutsche – am stärksten in Brandenburg.
Seite 6

Europäische Union:

Ab Juli übernimmt Polen den Vorsitz des Rats der EU. Sorgen bereiten allerdings die öffentlichen Finanzen des Landes.
Seite 7

Handel:

In Sachen Umweltschutz muss der Einzelhandel viele Vorschriften beachten. Die Firmen sparen aber auch durchaus freiwillig Energie.
Seite 8

Präsident:

Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ Folgendes: Durch den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie würden sich für die nächsten zwei Jahrzehnte zusätzliche Kosten von 47,3 Milliarden Euro ergeben, wenn der Atomstrom komplett durch Energie aus Steinkohle ersetzt werden würde; 35,2 Milliarden Euro fielen an, wenn Braunkohle die erste Wahl wäre, und rund 61,3 Milliarden Euro im Fall von Gaskraftwerken (Grafik Seite 1).

Müssten zusätzliche Kraftwerke gebaut werden, würde das den Preis noch einmal in die Höhe treiben – auf gut 65 Milliarden Euro im Fall von Steinkohle-, fast 48 Milliarden Euro bei Braunkohle- und rund 74 Milliarden Euro bei Gaskraftwerken.

Im Durchschnitt aller Kraftwerk-Varianten verursacht der Atomausstieg Zusatzkosten von rund 55 Milliarden Euro.

Diese Kosten verteilen sich auf verschiedene Betroffene:

- **Verbraucher.** Kurz nachdem die ersten Kernkraftwerke abgeschaltet wurden, ist der Großhandelspreis für Strom um gut 10 Prozent gestiegen – also der Preis, zu dem Versorger jene Stromkontrakte kaufen, mit denen sie sich für einen bestimmten Zeitraum eine bestimmte Menge Strom sichern. Privathaushalte bekommen solche kurzfristigen Preissprünge fast gar nicht zu spüren – ihren Strom haben die Versorger

schon im Voraus eingekauft. Mittelfristig werden aber auch die Verbraucher zur Kasse gebeten.

- **Erzeuger.** Die höheren Kosten der Stromerzeugung fallen zwar zunächst bei den Energieversorgungsunternehmen an. Sollte der Großhandelspreis aber konstant hoch bleiben, wirkt sich das auch auf die Stromrechnung der Haushalte aus, da die Energieunternehmen die gestiegenen Kosten zumindest teilweise umwälzen werden. Zudem müssen die Versorger künftig auf ihre Gewinne aus den Kernkraftwerken verzichten.

- **Staat.** Die öffentliche Hand bekommt den beschleunigten Ausstieg ebenfalls zu spüren – ihr brechen die Einnahmen weg. Dazu zählen vor allem die Kernbrennstoffsteuer sowie Gewinnabschöpfungen aus der bisherigen Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Dieses Geld sollten die Betreiber in einen Fonds einzahlen, um damit zum Beispiel die energetische Gebäudesanierung sowie der nationale und internationale Klimaschutz zu fördern.

Zudem schmelzen die Steuereinnahmen des Staates, weil Energieerzeuger und Industrieunternehmen durch die höheren Kosten geringere Gewinne erzielen. Nur auf einem Gebiet spült der Atomausstieg mehr Geld in die Staatskasse: durch steigende Einnahmen aus der Versteige-

rung von Kohlendioxid-Zertifikaten. Wird die Kernenergie durch Kohle- und Gaskraftwerke ersetzt, gelangt nämlich mehr CO₂ in die Luft. Die Kraftwerksbetreiber müssen für höhere Emissionen mehr Zertifikate kaufen. Dadurch klettert der Preis für die Emissionsrechte.

Schon durch das Moratorium sind die Zertifikate um gut 1 Euro je Tonne CO₂ teurer geworden.

Würden die Strompreise aus diesem Grund künftig um 1 Cent je Kilowattstunde steigen, stünden der Industrie Mehrkosten von 1,8 Milliarden Euro pro Jahr bevor. Dass Strom durch den Atomausstieg teurer wird, meinen auch 88 Prozent der Umweltexperten der Wirtschaft, die das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im April 2011 befragt hat (Grafik).

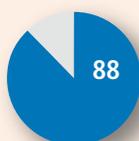
Überhaupt zeigen sich die meisten Umweltexperten beim Thema kürzere Laufzeiten eher skeptisch – und sehen vor allem die Risiken: Unterm Strich befürchten knapp 44 Prozent eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, nur 17 Prozent glauben an eine Verbesserung.

*) Vgl. Hubertus Bardt: Wirtschaftliche Folgen eines beschleunigten Kernenergieausstiegs in Deutschland, in: IW-Trends 2/2011



Atomausstieg: Höhere Preise für Strom und Emissionen

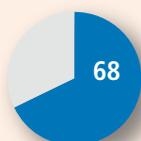
So viel Prozent der Umweltexperten der Wirtschaft glauben, dass der Atomausstieg diese Folgen hat



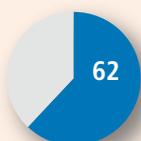
höhere Strompreise



höhere Preise für CO₂-Zertifikate



bessere Absatzchancen (z. B. für Technologien zur effizienten Energieerzeugung)



mehr öffentliche Energieforschung



schlechtere Investitionssicherheit



sinkende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft



sinkende Netzstabilität

Befragung von 192 Umweltexperten der Wirtschaft im April 2011; Mehrfachnennung; Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

Ein Modell, das Eltern entlastet

Einkommenssteuer. Je höher das Einkommen der Eltern, desto größer ist ihre Steuerersparnis durch den Kinderfreibetrag. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schlägt vor, statt dessen einen Kindergrundfreibetrag einzuführen, der diesen Effekt beseitigt.*)

Eltern können von ihrem gemeinsamen Bruttoeinkommen zurzeit 7.008 Euro pro Kind und Jahr steuermindernd abziehen. Weil der Einkommenssteuertarif progressiv jeden zusätzlich verdienten Euro mit einem höheren Satz belastet, profitiert ein Spitzenverdiener vom derzeitigen Kinderfreibetrag deutlich mehr als ein Geringverdiener.

Denn 7.008 Euro bringen beim Spitzensatz von 45 Prozent eine Steuerersparnis von 3.154 Euro. Wer dagegen sein Einkommen nur mit 20 Prozent versteuert, spart durch den Kinderfreibetrag lediglich 1.402 Euro an Steuern.

Gegen die unterschiedliche Steuerersparnis beim Kinderfreibetrag spricht, dass dem Staat jedes Kind gleich viel wert sein muss – egal, wie viel seine Eltern verdienen.

Die einfachste Lösung wäre, Eltern ausschließlich Kindergeld zu zahlen. Das Bundesverfassungsgericht verbietet jedoch, Einkünfte zu besteuern, die eine Familie unbedingt zum Leben braucht. Dazu gehört auch jener Betrag, der das Existenzminimum eines Kindes abdeckt. Letzteres wird im Einkommenssteuerrecht durch den Kinderfreibetrag erreicht.

Die Umstellung auf einen Kindergrundfreibetrag würde die Schiefelage beim Kinderfreibetrag beseitigen

Kindergrundfreibetrag: Die gerechtere Lösung

pro Jahr in Euro

	Familie verheiratet ein Kind		Familie verheiratet zwei Kinder	
zu versteuerndes Einkommen	40.000	80.000	40.000	80.000
Kindergeld	2.208	2.208	4.416	4.416
zusätzlicher Steuervorteil aus dem ...				
... Kinderfreibetrag	0	266	0	420
... Kindergrundfreibetrag	0	0	174	174

Einkommenssteuertarif, Kindergeld, Kinderfreibetrag: Stand 2011; Kindergrundfreibetrag in Höhe von 10.472 Euro pro Kind; Quelle: IW-Berechnung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien | iwd 26

Was der Kindergrundfreibetrag bringt

Das Lehrerehepaar Max und Gerda Frei hat zwei Kinder. Die zu versteuernden Einnahmen betragen 80.000 Euro im Jahr. Davon darf das Ehepaar den **Kinderfreibetrag** von derzeit 7.008 Euro 2 mal abziehen. Dadurch spart es – weil weit oben in der Progressionszone – 4.836 Euro an Steuern. Weil das Kindergeld in Höhe von 2 mal 2.208 Euro angerechnet wird, beträgt die Steuerersparnis letztlich 420 Euro (Grafik).

Inge und Willi Grund sind verheiratet und haben ebenfalls zwei Kinder. Das zu versteuernde Einkommen des Facharbei-

ters beträgt 40.000 Euro. Für ihre beiden Sprösslinge können sie 14.016 Euro vom zu versteuernden Einkommen abziehen. Der **Kinderfreibetrag** bringt ihnen – weil sie einen niedrigeren Steuersatz als das Lehrerehepaar haben – keinen zusätzlichen Steuervorteil. Sie bekommen lediglich Kindergeld ausbezahlt.

Der Kindergrundfreibetrag in Höhe von rund 10.500 Euro wendet die Verhältnisse. Weil beide Paare jetzt – vereinfacht gesagt – erst Steuern ab 21.000 Euro zahlen müssen, bleibt beiden neben dem Kindergeld eine Steuergutschrift von 174 Euro.

und die Vorgaben der Karlsruher Richter erfüllen. Grundfreibetrag heißt: Bis zu diesem Betrag werden keine Steuern erhoben.

Wie man einen solchen Umbau des Steuersystems aufkommensneutral hinbekommt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) durchgerechnet. Dabei unterstellen die IW-Ökonomen, dass die Neujustierung nicht mit weiteren finanziellen Wohltaten für Eltern verknüpft wird. Ein Kindergrundfreibetrag in Höhe von rund 10.500 Euro im Jahr könnte mithin die geltende Kinderfreibetragsregelung nahezu aufkom-

mensneutral ersetzen. Viele Eltern mit niedrigem und mittlerem Einkommen würden von einer solchen Lösung profitieren (Kasten).

Im Vergleich zur geltenden Regelung würden überdies insbesondere kinderreiche Familien bessergestellt. Der absolute Entlastungsbetrag steigt durch den Kindergrundfreibetrag nämlich nicht mehr mit dem Einkommen, sondern ausschließlich mit der Kinderzahl.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Politik ohne Geld – Was trotz knapper öffentlicher Kassen getan werden kann, IW-Studien, Köln 2011, 284 Seiten, 42,00 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

Eine Kasse für Kreative

Künstlersozialkasse. Annähernd 170.000 Künstler und Publizisten sind unter dem Dach der gesetzlichen Sozialversicherung pflichtversichert, obwohl sie selbstständig sind. Finanziert wird die Künstlersozialkasse durch Beiträge der Künstler selbst, eine Abgabe der verwertenden Unternehmen sowie einen Bundeszuschuss von zuletzt rund 150 Millionen Euro.

Selbstständig und trotzdem zu Arbeitnehmerkonditionen in einer gesetzlichen Kasse pflichtversichert sein – dieses Privileg genießen Kreative seit 1983 in der Künstlersozialkasse. Genau genommen feiert das Modell in diesem Jahr bereits sein 30-jähriges Jubiläum, denn das zugrundeliegende Künstlersozialversicherungsgesetz trat im Juli 1981 in Kraft.

Vor wenigen Jahren stand die Künstlersozialkasse jedoch auch

schon mal zur Disposition: Um ein Haar wäre sie auf Betreiben einiger Bundesländer 2008 abgeschafft worden. Nach einem öffentlichen Aufschrei der Empörung lehnte der Bundesrat diesen Vorschlag dann aber doch ab.

Primäres Anliegen der Künstlersozialkasse ist es, freie Künstler und Publizisten vor allem im Alter davor zu bewahren, auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein – ein Ziel, das seit Gründung der Kasse immer

mehr selbstständige Kulturschaffende unter ihr Dach schlüpfen ließ (Grafik):

Aktuell sind fast 170.000 freischaffende Künstler und Publizisten gesetzlich sozialversichert – vor 20 Jahren waren es nicht mal 48.000.

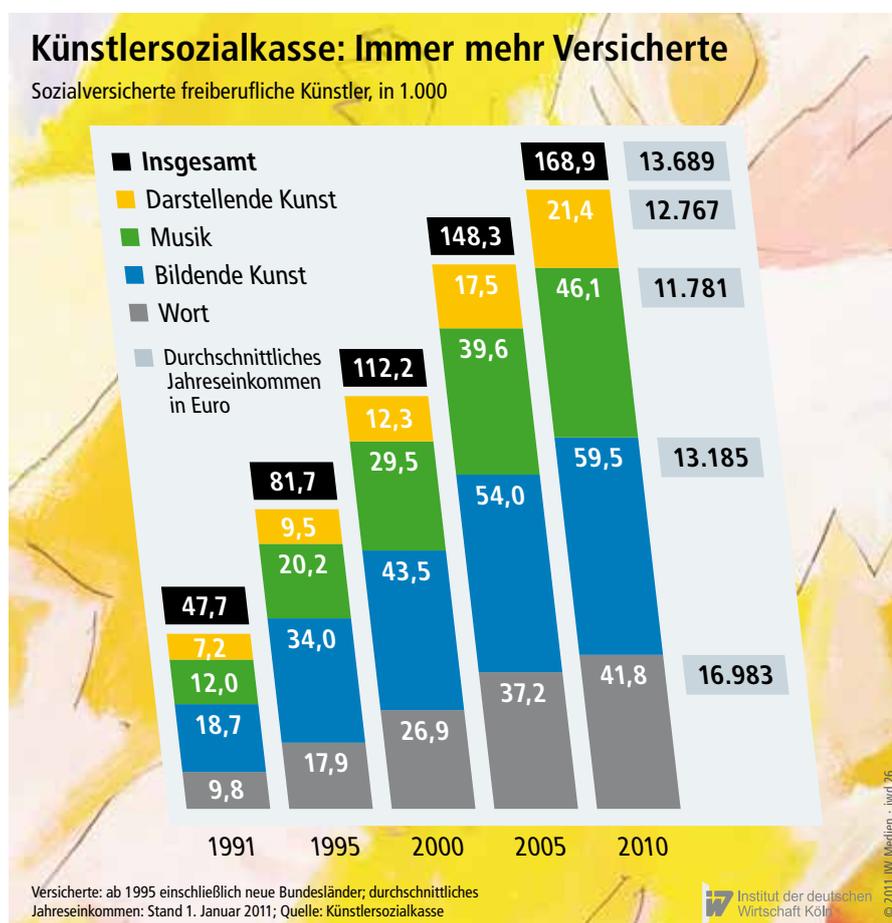
Das Modell der Künstlersozialkasse ist weltweit einzigartig – aus mehreren Gründen:

- **Die Versicherten** zahlen für ihre Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung Beiträge, die dem Arbeitnehmeranteil der „normalen“ sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gleichen, da dieselben Beitragssätze und Bemessungsgrenzen gelten. Den Teil zur Sozialversicherung, den bei Arbeitnehmern sonst die Arbeitgeber zahlen, übernimmt bei den freien Kreativen die Künstlersozialkasse selbst. Weil die Versicherten der Künstlersozialkasse selbstständig arbeiten, sind sie nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert. Entsprechend entfällt bei ihnen auch der Beitrag an die Nürnberger Arbeitsagentur.

Bemessungsgrundlage für die Beiträge ist in der Regel das Vorjahreseinkommen, schließlich fließen Gagen und Honorare meist nicht regelmäßig. Im Durchschnitt ist das Einkommen der Versicherten recht bescheiden:

Im vergangenen Jahr nahm ein selbstständiger Künstler oder Publizist nur knapp 13.700 Euro ein.

- **Die Verwerterabgabe** ist ein Pflichtbeitrag, den jene Unternehmen an die Künstlersozialkasse zahlen müssen, die freie Künstler und Publizisten beauftragen und deren Arbeiten weiterverwerten.



Verwerter müssen derzeit 3,9 Prozent der Honorarsumme, die sie an freiberufliche Künstler zahlen, an die Künstlersozialkasse abführen.

Auch die Zahl der Verwerter ist in den vergangenen Jahrzehnten rasant gestiegen: Zuletzt überwiesen mehr als 133.000 Arbeitgeber – vom Bühnenbetreiber über den Verleger bis zum Galeristen – Geld an die Sozialkasse (Grafik).

Einen regelrechten Schub an abgabepflichtigen Unternehmen gibt es seit 2007. Damals überprüfte die Deutsche Rentenversicherung erstmals die Verwerter und sorgt seitdem für mehr Zahlungsdisziplin. Mediale Aufmerksamkeit erreichte etwa das „Bohlen-Urteil“, das den Fernsehsender RTL 2009 dazu verpflichtete, mehr als 170.000 Euro für die künstlerischen Sprüche Dieter Bohlen und anderer Juroren an die Künstlersozialkasse zu entrichten.

- **Der Bundeszuschuss**, der etwa 20 Prozent des Gesamtbudgets der Künstlersozialkasse ausmacht, ist

Künstlersozialkasse: Wie sie sich finanziert

Die Künstlersozialkasse finanziert sich durch Beiträge der Versicherten, die den üblichen Arbeitnehmeranteil zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zahlen, einen Bundeszuschuss in Höhe von etwa 20 Prozent des Gesamthaushalts und durch Pflichtbeiträge der sogenannten Verwerter – das sind Unternehmen und Unternehmer, die Aufträge an selbstständige Künstler, Grafiker oder Publizisten vergeben und deren Produkte weiterverwerten. Die Verwerter müssen aktuell 3,9 Prozent der gemeldeten Honorarsumme abführen.

	Verwerter in 1.000	Gemeldete Honorar- summe in Millionen Euro
1991	20,7	1.035
1995	24,2	1.703
2000	38,0	2.634
2005	50,8	3.450
2010	133,1	–

Quelle: Künstlersozialkasse

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwif 26

nötig, weil die Versicherten über ihre Beiträge nur rund die Hälfte und die Verwerter etwa 30 Prozent zum Haushalt der Kasse beisteuern. Bei einem Gesamtvolumen von 783 Millionen Euro stammten 2010 rund 150 Millionen Euro aus der Staatskasse.

Unterm Strich subventionierte der Steuerzahler im Jahr 2010 jeden Versicherten der Künstlersozialkasse mit durchschnittlich 880 Euro.

Dieser Zuschuss ist dem Umstand geschuldet, dass Künstler auch für Privatleute arbeiten, diese jedoch nicht abgabepflichtig sind – auch wenn der Künstler selbst auf sein Honorar Beiträge zahlt.

- **Organisatorisch** ist die Künstlersozialkasse keine eigenständige Versicherung im Sinne eines berufsständischen Versorgungswerks, wie es sie für Mitglieder der freien Berufe gibt – etwa für Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte. Sie ist vielmehr eine ausführende Behörde unter dem Dach der gesetzlichen Unfallversicherung.

Zwar überweisen Künstler und Publizisten ihre Beiträge an die Behörde in Wilhelmshaven, doch die Versicherten können sich – wie alle anderen gesetzlich Versicherten auch – ihre Kranken- und Pflegekasse frei wählen. Wenn es also um Pflegesätze, Kuranträge oder Rentenanwartschaften geht, dann sind AOK, Ersatz- oder Innungskrankenkassen sowie die Deutsche Rentenversicherung die jeweiligen Ansprechpartner der freiberuflichen Künstler.

Künstlersozialversicherung: Wer rein darf und wer nicht

Ist ein Grafiker, der Internetseiten für einen Kunden gestaltet, ein Künstler? Oder ein Tätowierer? Und als was gilt eine Modedesignerin, die nicht nur Kleidung entwirft, sondern auch selbst fertigt? Alle drei sind nach Auffassung der Künstlersozialkasse (KSK) weisungsgebunden – und deshalb keine „echten“ Künstler. Aus diesem Grund können sie sich auch nicht bei der Künstlersozialkasse versichern lassen. Grundsätzlich sind laut Künstlersozialversicherungsgesetz zwar alle selbstständigen Künstler und Publizisten versicherungspflichtig. Doch die KSK, die seit 1983 freischaffende Künstler sozialversichert,

entscheidet jeden Fall individuell – und listet exemplarisch 55 Berufsbilder auf: In der KSK versichern lassen können sich demnach Bildhauer, Maler, Schauspieler, Schriftsteller, Journalisten, Herausgeber, aber auch Clowns, Showmaster oder Geräuschemacher. Ebenfalls versicherungspflichtig sind freiberuflich tätige Web-, Multimedia- und Fotodesigner. Freischaffende Maler und Fotografen, die ausschließlich Porträts machen, haben jedoch keine Chancen, in die Versicherung aufgenommen zu werden – denn ihnen, so die KSK, mangelt es beim Broterwerb an künstlerischer Freiheit.

Dynamisches Brandenburg

Bundesländerranking 2010. Das neunte Bundesländerranking der IW Consult zeigt, dass die ostdeutsche Wirtschaft dynamischer wächst als die westdeutsche.

Von allen 16 Bundesländern hat Brandenburg seine Wirtschaft in den

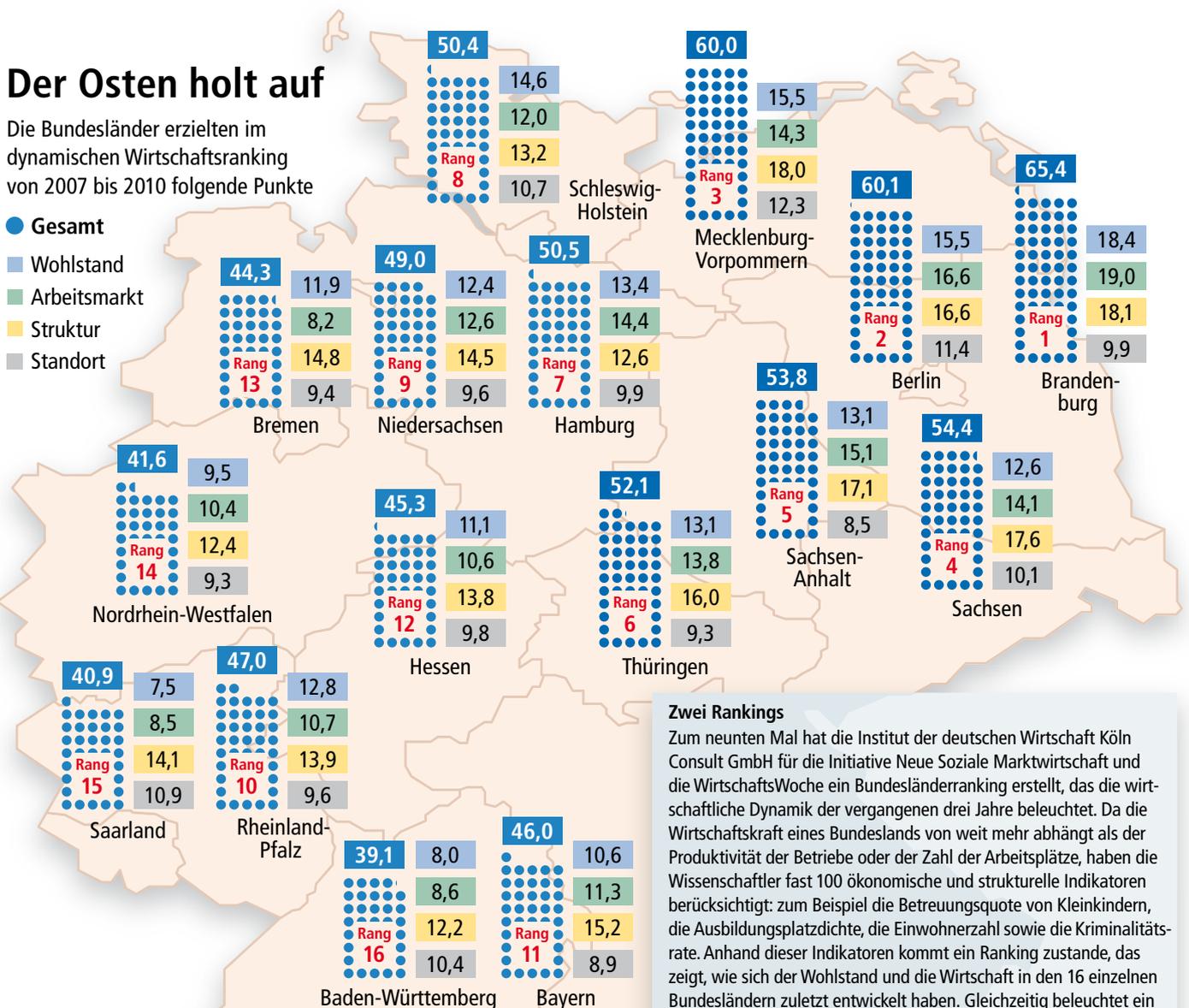
Jahren 2007 bis 2010 am besten vorangebracht: Die Arbeitslosenquote verringerte sich insgesamt um 3,6 Prozentpunkte – das Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,1 Prozent. Auch die anderen ostdeutschen Länder konnten im Dynamikvergleich die westdeutschen abhängen (Grafik).

Unten im Ranking steht Baden-Württemberg: Hier lief es vor allem auf dem Arbeitsmarkt nicht besonders. Wie gut das Land trotz der Wirtschaftskrise dasteht, zeigt ein Blick auf das Bestandsranking, in dem es den zweiten Rang verteidigen konnte (Kasten).

Der Osten holt auf

Die Bundesländer erzielten im dynamischen Wirtschaftsranking von 2007 bis 2010 folgende Punkte

- Gesamt
- Wohlstand
- Arbeitsmarkt
- Struktur
- Standort



Zwei Rankings
 Zum neunten Mal hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und die WirtschaftsWoche ein Bundesländerranking erstellt, das die wirtschaftliche Dynamik der vergangenen drei Jahre beleuchtet. Da die Wirtschaftskraft eines Bundeslands von weit mehr abhängt als der Produktivität der Betriebe oder der Zahl der Arbeitsplätze, haben die Wissenschaftler fast 100 ökonomische und strukturelle Indikatoren berücksichtigt: zum Beispiel die Betreuungsquote von Kleinkindern, die Ausbildungsplatzdichte, die Einwohnerzahl sowie die Kriminalitätsrate. Anhand dieser Indikatoren kommt ein Ranking zustande, das zeigt, wie sich der Wohlstand und die Wirtschaft in den 16 einzelnen Bundesländern zuletzt entwickelt haben. Gleichzeitig beleuchtet ein zweites Ranking die absoluten Länderwerte. Dieses Bestandsranking vergleicht den wirtschaftlichen Ist-Zustand aller Bundesländer.

Die wichtigsten Indikatoren: Arbeitsmarkt: Veränderungen der Arbeitslosenquote, der Arbeitsplatzversorgung sowie der Zahl der Erwerbstätigen; Wohlstand: Veränderungen des realen Bruttoinlandsprodukts, des verfügbaren Einkommens je Einwohner und der Steuerkraft je Einwohner; Struktur: Veränderungen der ALG-II-Empfänger, der Zahl der Straftaten, der Schuldenquote, der Exportquote, des Schuldenstands der öffentlichen Haushalte und weiterer Indikatoren; Standort: Veränderungen der Produktivität, der Schulabgänger ohne Abschluss, der Hochqualifizierten, der Ausbildungsplatzdichte, der Zahl der Patente und weiterer Indikatoren; Quelle: IW Consult

Polen präsidiert

Europäische Union. Am 1. Juli übernimmt Polen den Vorsitz des Rats der Europäischen Union. Wirtschaftlich ist das Land in guter Verfassung. Sorgen bereiten allerdings die öffentlichen Finanzen. Auch während der polnischen EU-Präsidentschaft ist Geld ein wichtiges Thema: Es geht um die Höhe und Verteilung der Finanzen der Union ab 2014.

Während einige Länder in Mittel- und Osteuropa finanzielle Hilfen vom Internationalen Währungsfonds und der EU in Anspruch nehmen mussten, ging es Polen auch während der weltweiten Krise vergleichsweise gut: Die Osteuropäer verbuchten 2009 als einziges EU-Land noch ein reales Plus beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) – immerhin 1,7 Prozent. Im vergangenen Jahr legte die polnische Wirtschaft sogar mehr als doppelt so viel zu. Und auch für 2011 rechnet die EU-Kommission mit einem Wachstum von 4 Prozent. Sorgen bereiten dagegen die öffentlichen Finanzen (Grafik):

Das Finanzierungsdefizit Polens war 2009 mit 7,3 Prozent des BIP doppelt so hoch wie 2008.

Mitverantwortlich dafür war das Konjunkturprogramm, mit dem Polen die Wirtschaft vor einem Absturz bewahren wollte: Die Regierung in Warschau hat die Einkommenssteuer gesenkt und Investitionen in die Infrastruktur angeschoben.

Auch der Schuldenstand hat sich seit 2007 erhöht. Die polnische Verfassung enthält allerdings eine Schuldenbremse: Die Staatsschuld darf nicht mehr als 60 Prozent des BIP betragen. Zudem muss die Re-

gierung per Gesetz bereits dann gegensteuern, wenn der Schuldenstand 50 Prozent der Wirtschaftsleistung überschreitet. Das ist seit 2009 der Fall. Doch ob jenseits von Oder und Neiße in diesem Jahr an den Ausgaben geknappst wird, ist fraglich – im Oktober sind Parlamentswahlen und Sparpläne inmitten des Wahlkampfes meist unpopulär.

Die Finanzen werden auch ein wichtiges Thema während der polnischen EU-Präsidentschaft sein: Die Europäische Kommission wird ihre Vorschläge für die sogenannte Finanzielle Vorausschau der Europäischen Union präsentieren. Darin müssen sich die Staats- und Regierungschefs auf die Höhe und Struktur der EU-Ausgaben von 2014 bis 2020 einigen.

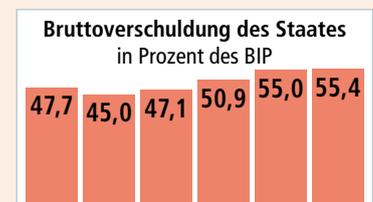
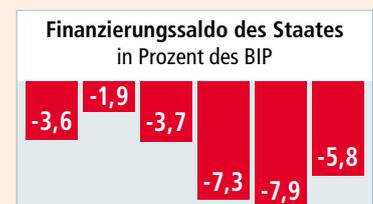
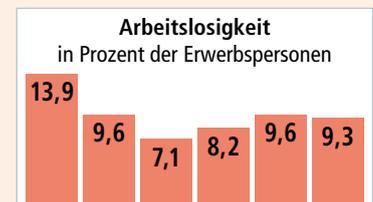
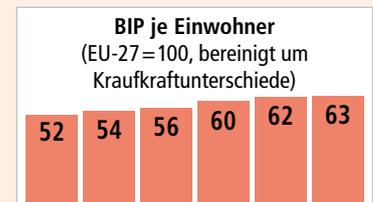
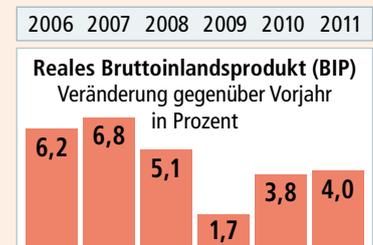
In ihrem Programm für die Ratspräsidentschaft hat die polnische Regierung betont, dass sie sich dafür einsetzen wird, die Regional- und Strukturpolitik als Schlüsselement der EU-Politik beizubehalten. Dies verwundert nicht, denn das Land hat in der Vergangenheit davon profitiert, dass EU-Gelder von reicheren in ärmere Gegenden geflossen sind:

Seit seinem Beitritt im Jahr 2004 hat Polen bis 2009 im Jahresdurchschnitt rund 3 Milliarden Euro für die sogenannte Kohäsionspolitik erhalten.

Mit diesen Geldern werden unter anderem Investitionen in die Infrastruktur gefördert. Angesichts der schlechten Verkehrswege in Polen kann das Land die Brüsseler Milliarden auch gut gebrauchen. Schließlich ist Polen zusammen mit der Ukraine 2012 Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft.



Polen: Hohes Staatsdefizit



2010: Schätzung
2011: Prognose
Quelle: EU-Kommission

IW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ein Hörspiel für die Umwelt

Der Planet Envear überwacht unbemerkt das All – und dabei rückt immer häufiger die Erde in den Fokus, denn der Mensch scheint den Blauen Planeten zu zerstören. Zwei Agenten erhalten den Auftrag, sich die Situation auf der Erde mal aus der Nähe anzusehen. Was sich anhört wie ein Science-Fiction-Film von Steven Spielberg, ist in Wahrheit ein Hörspiel für Kinder und Jugendliche zum Thema Umweltschutz und regenerative Energien. Entwickelt wurde „Mission: Erde“ von dem JUNIOR-Unternehmen envolisten, das damit den diesjährigen JUNIOR-Bundeswettbewerb gewonnen hat. Das Team aus 18 Schülern des Städtischen Gymnasiums Kamen setzte sich am 16. Juni in Köln gegen 14 Konkurrenten aus den anderen Bundesländern durch. Anfang August vertreten die envolisten Deutschland beim JUNIOR-Europawettbewerb in Oslo.

Das Projekt der Institut der deutschen Wirtschaft Köln JUNIOR gGmbH wendet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse. Jeweils zehn bis 15 Schüler gründen dabei ein Mini-Unternehmen, in dem sie alle Funktionen selbst besetzen und so unternehmerisches Denken und Handeln kennenlernen.



www.juniorprojekt.de

Adressaufkleber

Umweltschutz mit Eigennutz

Handel. In Sachen Umweltschutz muss der Einzelhandel besonders viele Vorschriften beachten. Allerdings sparen die Firmen durchaus freiwillig Energie und wirtschaften nachhaltig.

Vorschriften und Gesetze zum Umweltschutz wirken in nahezu alle Bereiche von Handelsunternehmen hinein. Doch viele Händler engagieren sich sogar weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus:

- **Energieeffizienz.** Die Unternehmen des Einzelhandels investieren zunehmend in energiesparende Beleuchtungssysteme und effizientere Kühlungstechniken, sie sanieren Gebäude und modernisieren Heizungsanlagen. Außerdem setzen sie mehr klimafreundliche Kältemittel ein. Das hilft sparen und verbessert zum anderen die CO₂-Bilanz (Grafik):

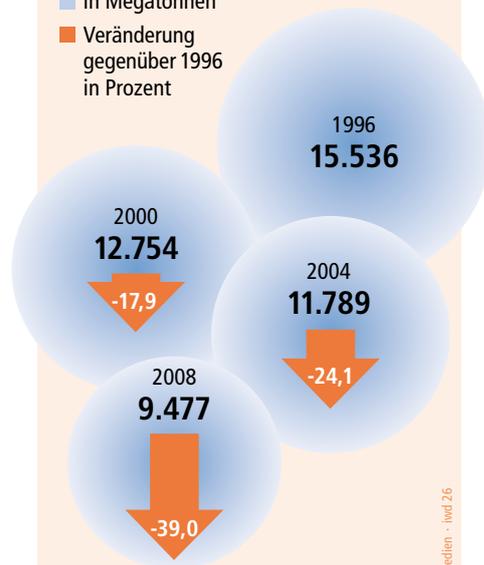
Im Jahr 2008 lagen die Kohlendioxid-Emissionen im Einzelhandel um 40 Prozent unter dem Wert von 1996.

- **Logistik.** Insbesondere die Wahl des Transportmittels und die Zahl der Transporte spielen eine große Rolle, wenn Kosten gesenkt und weniger Kohlendioxid ausgestoßen werden sollen. Mittlerweile liegt die Kapazitätsauslastung der Lkw bei über 90 Prozent. Diese hohe Quote ist das Ergebnis einer konsequenten Optimierung des Lkw-Verkehrs mit modernen EDV-Systemen.

Bessere Luft im Einzelhandel

Kohlendioxid-Emissionen im Einzelhandel

■ in Megatonnen
■ Veränderung gegenüber 1996 in Prozent



Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien · iwv 26

- **Handelsunternehmen als „Gatekeeper“.** Indem der Handel umweltfreundliche Produkte in sein Sortiment aufnimmt, kann er seine Kunden nachhaltig beeinflussen. Nicht zuletzt animiert er so Hersteller dazu, sparsamere Produkte zu entwickeln. Allerdings profitiert auch der Handel selbst von seinem Umweltschutzengagement: Seine Kunden orientieren sich bei ihrer Kaufentscheidung durchaus daran, wie „grün“ ihr Händler ist und fragen gezielt nach energiesparenden Produkten.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.